Nr. 232 ♦ 38. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 114

Abend-Ausgabe

20 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30,— M., monatl. 10,— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10,— M., einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich, Ungarn und Luxemburg 20,— M., für das übrige Ausland 27,— M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 5,50 M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 1,50 M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1,— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 1,— M., jedes weitere Wort 80 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 3,— M. Die Preise verstehen sich einschließlich Teuerungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97, Expedition Moritzplatz 11753—54

Donnerstag, den 19. Mai 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Englische Anfrage an Frankreich.

Paris, 19 Mai. (WTB.) Wie „Journal" mitteilt, soll der britische Geschäftsträger im Laufe des Besuches am Quai d'Orsay mit einem gewissen Nachdruck gefragt haben, welches die Haltung Frankreichs sei, wenn organisierte deutsche Abteilungen in das strittige Gebiet Oberschlesiens eindringen würden. Die britische Regierung habe vor allem zu erfahren gewünscht, ob bei dieser Eventualität Frankreich das Ruhrgebiet besetzen würde. Es verstehe sich von selbst, daß es unmöglich gewesen sei, auf eine derartige hypothetische Frage eine Antwort zu erteilen. Die Erklärungen, die Ministerpräsident Briand am Sonnabend abgegeben habe, hätten genau bezeichnet, wie Frankreich eine derartige Initiative Deutschlands auffasse.

Lloyd Georges Warnung.

London, 19. Mai. (WTB.) Die heute abend bekanntgegebene Erklärung Lloyd Georges zur oberschlesischen Frage findet in der gesamten Presse größte Beachtung und wird als ernste Warnung an Frankreich angesehen. Wie die Blätter melden, wird Lloyd George heute abend beim Essen, das der Pilgrim Club zu Ehren des neuen amerikanischen Botschafters Harvey gibt, wahrscheinlich eine wichtige Rede halten, die hauptsächlich die oberschlesische Frage behandeln dürfte.

„Westminster Gazette" schreibt über den britischen und den französischen Standpunkt, jede Politik, die sich auf die Absicht gründe, sechzig oder siebzig Millionen Deutsche im Zustande der Unterwerfung zu erhalten, müssen fehlschlagen. Frankreich müsse Deutschland fair play geben und die Möglichkeit, zur Ruhe zu kommen.

„Pall Mall and Globe" erklärt, das französische Volk müsse verstehen, daß England unbedingt jede Beteiligung an solchen Abenteuern, wie dem polnischen, ablehne und es Deutschland überlassen werde, nach freiem Ermessen mit jedem mutwilligen Angriff der Polen fertig zu werden.

Amerika mischt sich nicht ein.

Washington, 18. Mai. (Reuter.) In Beantwortung eines Ersuchens des polnischen Staates um Amerikas Unterstützung in der oberschlesischen Frage vor dem Obersten Rat betont Hughes neuerlich, daß die Politik der Vereinigten Staaten sich in wesentlich europäische Fragen nicht einzumischen wünsche. Die amerikanischen Vertreter in den europäischen Räten würden ausschließlich als Beobachter zugegen sein, es sei denn, daß die Interessen der Vereinigten Staaten unmittelbar berührt würden.

Italien unentschieden.

Paris, 19. Mai. (EE.) Graf Sforza hat Rom verlassen, um sich zum Ministerpräsidenten Giolitti zu begeben. Man mißt dieser Reise große Bedeutung bei angesichts der Tatsache, daß Graf Sforza sich in der oberschlesischen Frage laut „Echo de Paris" den französischen Anschauungen geneigt zeige. Nach den Verlusten, die die italienischen Truppen in Oberschlesien erlitten, sei jedoch die italienische öffentliche Meinung weit davon entfernt, den Standpunkt des Außenministers zu teilen. Man spricht deshalb von der bevorstehenden Demission des Grafen Sforza.

Die Ententekonferenz.

Besprechungen, aber keine Beschlüsse?

London, 19. Mai. (WTB.) Reuter erfährt aus wohlunterrichteten Kreisen, daß alle Aussicht dafür besteht, der Oberste Rat werde zum Wochenende zusammentreten. Bisher liege von französischer Seite kein Anzeichen dafür vor, daß die Franzosen nicht bereit seien, bald mit ihren Alliierten auf der Konferenz zusammenzutreffen. Der Eindruck sei vielmehr der, daß die Franzosen dazu willens seien, sobald Briand seine Erklärung in der französischen Kammer abgegeben haben werde. Es wird behauptet, daß alle guten Resultate, die aus der Abhaltung der Konferenz folgen könnten, zunichte gemacht werden würden durch einen Aufschub um einige Wochen, für den gewisse Kreise eintreten. Eine Verzögerung einer endgültigen Aktion könne die Lage nur erschweren. Es sei wenig wahrscheinlich, daß diese Konferenz zu irgendeinem bestimmten Beschluß bezüglich der Zuteilung der strittigen Gebiete kommen werde. Sie werde sich vielmehr auf eine Besprechung der allgemeinen Politik beschränken.

Vor der Kammerrede Briands.

Paris, 19. Mai. (EE.) Briand hat zu der gestrigen Kundgebung Lloyd Georges, die er durch das Reuterbureau verbreiten ließ, in zwei Erklärungen Stellung genommen. Dem Vertreter des New York „Herald" gegenüber äußerte er sich dahin, daß Lloyd George gegenwärtig eine kurze Spanne schlechter Laune zu überwinden habe, daß diese aber bald vorübergehen werde, ohne Schlimmes anzurichten.

Dem Vertreter der „Daily Mail" in Paris erklärte er: Auch wir wünschen, daß der Vertrag von Versailles durchgeführt werde. Aber darin ist nicht davon die Rede, daß Deutschland die reichen Kohlenbecken erhalten und Polen sich mit dem Rest begnügen solle. Ich wünsche Kontroverse mit Lloyd George einzuleiten. Ich halte mich völlig an das, was ich Sonnabend den Journalisten erklärte und werde in der Kammer noch ausführlicher darüber sprechen.

„Die Entente steht auf dem Spiel".

Paris, 19. Mai. (WTB.) Pertinax beschäftigt sich im „Echo de Paris" mit den gestrigen Erklärungen Lloyd Georges, die ihm noch mehr mißfallen als seine Rede im Unterhause. Aber nach seiner Ansicht dürfe man sich nicht mehr verheimlichen, daß die Entente cordiale auf dem Spiel stehe. Lloyd George erkläre, daß er seinen Standpunkt vom 13. Mai aufrechterhalte. Er habe gestern gesagt, Italien und die Vereinigten Staaten hätten sich der Meinung Englands angeschlossen. England verlange, um das oberschlesische Problem zu lösen, daß nach der Regel der Mehrheit gehandelt werde. Das deutet Pertinax dahin, daß Lloyd George mit Frankreich zu keinem Einverständnis kommen wolle. Er verlange einfach, daß die englische These den Sieg davontrage. Man könne nicht glauben, daß Italien und Amerika einmütig den Standpunkt Lloyd Georges vertreten. Graf Sforza habe anders gesprochen, und was die Vereinigten Staaten betreffe, so sei ihre Presse geteilt, ihre Staatsmänner aber schwanken.

Lloyd George habe ferner erklärt, daß viele Dinge die Franzosen von den Engländern trennen. Das sei eine unglückliche Feststellung. Lloyd George spreche leichtfertig von der Verschiedenheit der öffentlichen Meinung, aber man könne doch nicht verlangen, daß man die Gründe, aus denen die Allianz geschlossen worden sei, dieser Allianz selbst opfere. Wenn die Allianz mit England, deren Aufrechterhaltung Frankreich übrigens nicht einmal versprochen worden sei, den Anforderungen der französischen Verteidigung entgegengesetzt sei, welchen Wert habe sie dann für Frankreich?

„Petit Journal" sagt: Die gestrigen Erklärungen Lloyd Georges zeigten unglücklicherweise, daß Lloyd George sich nicht genau Rechenschaft abgelegt habe, welchen Eindruck seine unerwartete Sprache in Frankreich hervorgerufen habe. Wenn Lloyd George sich darauf beschränkt hätte, eine Meinung auszusprechen, die von der in Frankreich abweiche, so hätte kein Mensch mit gesundem Verstand sich darüber erregt. Aber wenn man seine Rede nachlese, dann finde man bedauerliche Beweggründe. Man drücke nicht einfach seine Meinung aus, wenn man die Verwendung deutscher Truppen in Aussicht stelle, um die Ordnung im Abstimmungsgebiet wiederherzustellen. Es sei auch nicht einfach eine Meinungsäußerung, wenn man leichtfertig Anklagen gegen den General Le Rond richte. Lloyd George habe das französische Gefühl verletzt. Frankreich habe das Gefühl, daß man ihm in Oberschlesien wie am Rhein fast die ganze Last für die Ausführung des Friedensvertrages überlassen habe. Für die Zukunft hoffe es wenigstens auch auf Rücksicht, was die Sicherheit seiner Soldaten anbetreffe.

Die Lage im Aufstandsgebiet.

Breslau, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Aus Gogolin meldet man uns: Nächtliche Angriffe der Insurgenten wurden abgewiesen. Aus Cosel-Oderhafen wird gemeldet: Plünderungen haben eingesetzt. Kattowitz ist ohne Verbindung, da sämtliche direkten Leitungen nach Kattowitz anscheinend von den Polen durchgeschnitten sind. Ueber Königshütte wird jetzt mitgeteilt, daß die Plündereien in Kattowitz andauern und die Franzosen wie immer untätig zusehen. In Nikolai ist es zu Zusammenstößen gekommen. Die Insurgenten haben 7 Mann in dürftigster Bekleidung auf die Straße gezogen und erschossen. Aus Scharley wird gemeldet: Die Polen setzen die Zwangsrekrutierung fort. Aus Niedane (Kreis Ratibor) wird gemeldet: Die Polen nähern sich beträchtlich der Oder und haben dort Verstärkung erhalten. Lapatsch (Kreis Ratibor) wird von der Zivilbevölkerung verlassen, weil es die Insurgenten mit Minenwerfern beschießen. In Buckau (Kreis Ratibor) ist eine Artilleriegeschützstellung der Insurgenten.

Was wird mit den Sanktionen?

Paris, 19. Mai. Nach einer Meldung des „Journal" versichert man, daß der englische Vertreter in der Rheinlandkommission eilig nach London berufen wurde. Diese Reise hänge zusammen mit einer Note, die die englische Regierung nach Paris gerichtet habe über die Aufhebung der Sanktionen, die vor einigen Wochen in London beschlossen worden seien, also über die Räumung der Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort und die Aufhebung der Zollgrenze am Rhein.

Paris, 18. Mai. (TU.) Der deutsche Gesandte Mayer hatte heute mittag eine Unterredung mit Briand, die einen persönlichen Charakter trug. Mayer erneuerte die Versicherung, daß die neue Regierung fest entschlossen ist, alle Bedingungen des Ultimatums zu erfüllen.

Eine organisatorische Aufgabe.

Von Heinrich Ströbel.

Durch die Revolution ist der deutschen Sozialdemokratie die Pflicht zugefallen, sich als stärkster Faktor der Demokratie und als gesellschaftsumbildende Kraft auf allen Gebieten des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens zu betätigen. Während sich die Sozialdemokratie im alten Obrigkeitsstaate, in dem ihr die Rolle einer mitbestimmenden Macht versagt war, mit einer Kritik der Aktionen der Regierung und der herrschenden Klassen und Parteien begnügen konnte, liegt ihr heute, bei der Möglichkeit einer starken und unmittelbaren Einwirkung auf die Gesetzgebung und ihrem politisch vielfach entscheidenden Einfluß, die Verpflichtung ob, den sozialistischen Grundsätzen im öffentlichen Leben nach Möglichkeit Geltung zu verschaffen.

Dieser Verpflichtung kann die Sozialdemokratie nur dann gerecht werden, wenn sie es versteht, nicht nur ein Höchstmaß von politischer Energie zu entfalten, sondern auch alle vorhandenen geistigen Kräfte organisatorisch für sich nutzbar zu machen. Denn während der kapitalistische Staat und die bürgerlichen Parteien über eine Unsumme von Einrichtungen und Persönlichkeiten verfügen, um ihre Interessen gegenüber denen des Proletariats durchzusetzen — genannt seien nur die Staatsbureaukratie, die Unternehmerorganisationen in Industrie und Landwirtschaft, in Handel und Kleingewerbe, die Universitäten, die Kirche, die große Mehrzahl der Lehrerschaft, die Ueberzahl aller Nutznießer einer höheren Schulbildung —, kann sich die Sozialdemokratie nur auf eine unvergleichlich kleinere Zahl von Institutionen und geistig geschulten Persönlichkeiten stützen. Will sie darum nicht in eine schlimme und politisch folgenschwere Abhängigkeit von den kapitalistischen Machtfaktoren und der bürgerlichen Denkweise geraten, so muß sie mit ihren Kräften doppelt haushälterisch verfahren und jede verfügbare Intelligenz durch eine kluge Organisation restlos auszunutzen suchen.

Infolge des innerhalb der proletarischen Parteien selbst entbrannten Bruderstreits und der enormen Inanspruchnahme aller führenden Genossen durch Aufgaben der Staatsverwaltung, der parlamentarischen, organisatorischen und gewerkschaftlichen Tätigkeit hat bis jetzt leider die Organisation des geistigen Lebens der Partei sehr viel zu wünschen übrig gelassen, so daß mit der gewaltigen Erweiterung des Aufgabenkreises der Partei die gründliche geistige Durcharbeitung der zu bewältigenden Probleme in keiner Weise Schritt gehalten hat. So hat, um nur einige Beispiele herauszugreifen, die Sozialdemokratie in der so ungeheuer wichtigen Frage der Reparationen kaum eigene Gedanken entwickelt und ebensowenig einen ernstlichen Versuch gemacht, eine Lösung des Valutaproblems zu finden, von der doch das Schicksal nicht nur der deutschen, sondern der ganzen Weltwirtschaft abhängt. Auch die Probleme der Sozialisierung sind bis jetzt nur sehr mangelhaft durchgearbeitet worden, und nicht anders steht es mit den Fragen der Steuerpolitik, die doch gerade jetzt, wo die Erfüllung der aus dem angenommenen Ultimatum sich ergebenden Verpflichtungen die Erschließung enormer neuer Einnahmequellen notwendig macht, ein Lebensinteresse der arbeitenden Schichten darstellen.

Die Durcharbeitung dieser schwierigen Probleme ist mit den bisherigen Mitteln einfach nicht mehr möglich. Die vorhandenen Parteikörperschaften — Parteivorstand, Fraktionen, Redaktionen usw. — reichen dazu in keiner Weise aus, da es die Arbeitsfähigkeit einzelner Angehöriger dieser Gruppen weitaus überschreitet, so komplizierte Materien zu bewältigen. Nur die Schaffung geeigneter Studiengesellschaften oder wissenschaftlicher Arbeitsgemeinschaften ermöglichte hier ein fruchtbares positives Arbeiten. In richtiger Erkenntnis einer solchen Notwendigkeit sind bereits von privaten Zirkeln oder von gewerkschaftlicher Seite Versuche einer solchen sozialistischen Kollektivarbeit gemacht worden, doch sind sie aus Mangel an Mitteln oder wegen ihrer organisatorischen Unzulänglichkeit ergebnislos geblieben.

Will die Sozialdemokratische Partei mehr sein als ein Anhängsel der bürgerlichen Parteien und die Verkörperung eines ideenlosen Opportunismus, der sich bei den proletarischen Massen unausbleiblich diskreditieren müßte, so muß sie vor allem eine geistige Zentralstelle schaffen, eine wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft für praktischen, angewandten Sozialismus. Diese Körperschaft hätte etwa aus 15 bis 20 Personen zu bestehen, zur Hälfte aus sozialistischen Wissenschaftlern und Theoretikern und zur anderen Hälfte aus Praktikern des wirtschaftlichen, des Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftslebens. Sie hätte aber nicht etwa eine neue „Instanz", ein kleines Parlament oder einen sonstigen Debattierklub zu bilden, sondern eine wirkliche Arbeitsgemeinschaft, die sich die Klärung der großen sozialen Probleme und die präzise Formulierung sozialistischer Vorschläge zur Aufgabe zu setzen hätte. Zum Zwecke gründlicher Arbeit hätte sich diese zentrale Körperschaft in ent-

sprechende Unterausschüsse zu gliedern, die alles in Betracht kommende Material zu sammeln, zu sichten und zu verarbeiten hätten. Im Bedarfsfalle wären weitere Sachverständige und Hilfskräfte heranzuziehen, wären Einzelpersönlichkeiten mit besonderen Studienaufträgen zu betrauen, deren Ergebnis wieder von den Unterausschüssen und dem Plenum für die Kollektivarbeit zu verwerten wäre.

An Mangel an Kräften würde eine solche Arbeitsgemeinschaft nicht scheitern, denn so sehr auch die bekannteren Genossen als staatliche und kommunale Beamte, als Redakteure, Parlamentarier, Gewerkschafts- und Genossenschaftsangestellte mit Tagesarbeit überbürdet sind, so gibt es doch sozialistische Gelehrte und Schriftsteller einerseits, Ingenieure, Techniker, Kaufleute und andere Wirtschaftspraktiker andererseits in hinreichender Zahl, um die so unbedingt notwendige Arbeit leisten zu können. Universitätslehrer wie Wilbrandt, Waentig, Lederer, Ballod, um nur unter den Reichsdeutschen einige zu nennen, würden sicherlich für die Mitarbeit zu gewinnen sein, wie überhaupt die Aufbringung der 8 bis 10 „Theoretiker" ein Kinderspiel wäre. Tüchtige Kenner der Industrie, des Handels, des Bankwesens wären ebenso leicht zu finden. Aber auch geeignete Parlamentarier, Gewerkschafts- und Genossenschaftsführer würden sich bei einigem guten Willen und Verständnis für die außerordentliche Wichtigkeit dieser Körperschaft derart von anderweitiger Arbeit entbürden lassen, daß sie sich mit ungebrochenem Interesse und Eifer deren Arbeiten widmen könnten.

Hätten wir erst einmal eine solche vernünftig arbeitende Studiengesellschaft, so wäre für das ganze Partei- und Gewerkschaftsleben Unendliches gewonnen. Während heute auf all den in Betracht kommenden Gebieten innerhalb der Sozialdemokratie entweder überhaupt keine, oder doch nur eine individuelle, zerstreute, systemlose Arbeit geleistet wird, könnte künftig planmäßige Arbeit geleistet und damit jede unnütze Kraftvergeudung verhütet, durch rationelle Spezialisierung und umgekehrt wieder durch wohlberechnete Zusammenfassung der Einzelleistungen eine überaus wertvolle Kollektivleistung erreicht werden. Ist es nicht eigentlich erstaunlich, daß in unserer Zeit der Ueberorganisation auf diesem Gebiet der sozialistischen Geistesarbeit und des politischen und sozialen Betriebes überhaupt noch kein ernsthafter, großzügiger Organisationsversuch gemacht worden ist?

Freilich: wenn ein solcher Versuch mit bureaukratischen Mitteln unternommen werden würde, wäre er von vornherein zum Mißlingen verurteilt. Viel schlimmer noch als auf wirtschaftlichem Gebiete würde sich engherzige Bevormundung durch parteiliche und gewerkschaftliche Instanzen auf diesem Gebiete geistiger Pionierarbeit rächen. Gerade hier müßte die Erkenntnis der Sozialisierungskommission, daß zu einer sozialistischen Erfolgswirtschaft unbedingt die Bewegungsfreiheit unabhängiger Selbstverwaltungskörper und die ungehemmte Entfaltungsmöglichkeit schaffensfroher Initiatoren gehört, peinliche Berücksichtigung finden. Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften müßten die nicht unbeträchtlichen Mittel aufbringen, ohne die eine solche Körperschaft nicht arbeiten könnte; ihr Kontrollrecht dürfte jedoch nicht die leiseste Einschnürung ihrer Initiative bedeuten. Gerade dann würden die Leistungen dieser Arbeitsgemeinschaft die Tätigkeit der Sozialdemokratie und der proletarischen Wirtschaftsorganisationen durch das Setzen klarer Ziele, durch Aufhellung dunkler Probleme, durch Durchgeistigung und Beseelung des ganzen politischen und sozialen Kampfes derartig befruchten können, daß die für sie bereit gestellten Mittel sich hundertfach bezahlt machten!

*

Nachschrift der Redaktion: Wir haben die Ausführungen des Genossen Ströbel gern veröffentlicht, weil mit ihnen der Finger auf eine Wunde gelegt wird. Es besteht in der Tat in hohem Maße die Gefahr, daß eine im Dienst des Tages sich überhastende Praxis den Zusammenhang mit ihren geistigen Quellen verliert. Um ihr zu begegnen, ist es Pflicht der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften, das geistige Leben in der Arbeiterbewegung zu fördern und zu diesem Zweck auch vor Opfern nicht zurückzuschrecken. Ströbels Anregung, die näher geprüft zu werden verdient, ist vielleicht ein Weg zu diesem Ziel, es gibt aber viele zu ihm. Man soll die besten von ihnen wählen und nicht zögern, sie zu beschreiten!

Die Freiwilligenwerbung für Oberschlesien.

Die Wendung, die in der Angelegenheit der Freiwilligenwerbung für Oberschlesien eingetreten ist, war für jeden ruhigen Beobachter der Dinge vorauszusehen. Wenn die Interalliierte Militärkontrollkommission von der deutschen Regierung Maßnahmen fordert zur Auflösung der für Oberschlesien gebildeten Freiwilligenformationen, so bewegt sie sich damit auf völkerrechtlich unanfechtbarem Boden, und die deutsche Regierung kann in der Tat nichts anderes tun, als die geforderte Auflösung vorzunehmen und gegen weitere Werbungen einen Einhaltbefehl erlassen.

Die in Bildung begriffenen Freiwilligenkorps könnten, wie hier schon oft betont worden ist, sowieso ohne Zustimmung der Interalliierten Kommission, der die Aufrechterhaltung von Ordnung und Ruhe in Oberschlesien anvertraut ist, nicht in Aktion treten. Daß aber die Interalliierte Kommission die Zustimmung erteilen würde, war trotz der Rede Lloyd Georges nicht zu erwarten. Im äußersten Fall wäre doch nur die Verwendung von Reichswehr in Betracht gekommen, nicht aber die von privaten Verbänden, für deren Tun keine Regierung die staats- und völkerrechtliche Verantwortung trägt.

Solche privaten Verbände widersprechen dem Grundsatz, daß die bewaffnete Gewalt in keine andere Hand gehört als in die des Staates, sie sind als Werkzeuge der inneren wie der äußeren Politik ungeeignet und gefährlich, weil der Wille, der sie lenkt, unter keiner geordneten Kontrolle und Verantwortung steht. Bei ihrer Bildung fließen idealistische Beweggründe mit gewöhnlicher Abenteurersucht und Erwerbstrieb zusammen, und in ihren Reihen finden sich neben untadeligen Elementen vielfach oft überwiegend Landsknechtsnaturen der gewöhnlichsten Art.

Auch über die Freiwilligenverbände, die für Oberschlesien gebildet werden, hat man manches gehört, was nicht geeignet war, Vertrauen zu ihnen einzuflößen. Es wird weder für Oberschlesien noch für Deutschland ein Unglück sein, wenn sie so rasch wie möglich wieder von der Bildfläche verschwinden.

*

Breslau, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Die Breslauer „Volkswacht" schreibt zu dem Anwerbeverbot: Nach Nachrichten, die wir in auswärtigen deutschen Blättern finden und die aus diesen sofort in die französische und polnische Presse deutschfeindlicher Richtung übergehen, scheint dieses Verbot, insbesondere gegenüber Anwerbebestrebungen in Bayern, notwendig zu sein. So brachte ein Berliner angesehenes demokratisches Blatt eine Nachricht, wonach in Westfalen Leute veranlaßt werden, sich zur Rettung Oberschlesiens zunächst einmal nach München zu begeben. Inwiewelt Anwerbungen solcher Art überhaupt für Oberschlesien bestimmt sind oder ob Oberschlesien nur als Deckmantel für innerpolitische reaktionäre Bestrebungen in anderen Teilen Deutschlands benutzt wird, ist schwer zu übersehen. Scharfes Einschreiten gegen solche für die Lage Deutschlands blinden Aktionen wird in oberschlesischen Kreisen die Unterstützung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft und aller Friedensfreunde haben. Mit aller Deutlichkeit haben wir an dieser Stelle, als es sich um die Rechtfertigung des Selbstschutzes der bedrängten Oberschlesier selbst handelte, alle innerpolitischen Bedenken zurückgestellt. Gegenüber Werbungen außerhalb Oberschlesiens brauchen wir aber wohl nur an die außenpolitische Lage zu erinnern, die wir zur Warnung vor einem deutschen „Gegenangriff" seit 14 Tagen täglich den erregten Oberschlesiern vor Augen führen. Diese Erinnerung sollte genügen, um den neuen Schritt der Reichsregierung nachdrücklichst zu unterstützen.

Aus Oberschlesien selbst wurde zwar aus Kreisen, die nicht in den Verdacht kommen können, zu Kompromissen mit Korfantyschen Mordbrennern zu neigen, wiederholt versichert, den Zuzug von auswärtigen deutschen Freiwilligen und insbesondere von bayerischen Orgeschleuten wünscht dort selbst niemand. Man stelle sich auch nur einmal den landesunkundigen, antisemitischen, reaktionären, bayerischen Orgeschmann in Oberschlesien vor! Bekanntlich spricht ein guter Teil der deutschgesinnten Bevölkerung Oberschlesiens wasserpolakisch. Die Hakatisten haben das ja nicht einsehen wollen. Der Orgeschmann aus Süddeutschland würde dieser Tatsache doch wohl mindestens mit der gleichen Verständnislosigkeit und mit nur noch verwerflicherer Energie gegenüberstehen, wie diese Hauptschädlinge der deutschen Sache in Oberschlesiens Vergangenheit. Bekanntlich stehen die Juden in Oberschlesien ausnahmslos auf deutscher Seite und der Antisemitismus ist dort Kampfmittel der Polen. Man stelle sich die Verwirrung eines bayerischen Orgeschmannes darob vor! Wir handeln daher nur im deutschen Interesse der Oberschlesier selbst, wenn wir den Wünschen der Entente nach einem Werbeverbot, wie es die Polen bereits formal erlassen haben, in der Form, aber auch in der Seele ohne weiteres nachkommen.

Nochmals: General und Dolchstoßlegende.

Nach der zweimaligen Abfuhr des Generals v. Zwehl stellt sich die „Kreuzzeitung" dumm. Sie behauptet, im „Vorwärts" niemals eine Widerlegung der Vater-Legende gelesen zu haben, sie bezweifelt sogar, daß wir überhaupt unseren Lesern die Bekundungen Vaters je mitgeteilt hätten. Unsere Leser wissen, daß das nicht einmal, sondern eindutzendmal geschehen ist, und zum Ueberfluß kann die „Kreuzzeitung" nicht nur im „Vorwärts", sondern auch im „Handbuch für sozialdemokratische Wähler 1920" auf Seite 101 nicht nur den Wortlaut, sondern auch die Widerlegung der Vater-Legende lesen, von der wir zufällig wissen, daß sie ziemlich wörtlich dem „Vorwärts" entnommen wurde. Falls es aber bei der „Kreuzzeitung" bis dahin nicht langt, stellen wir hiermit erneut die Frage zur Beantwortung:

Wenn die Agitation des Herrn Vater wirklich jene welterschütternde Bedeutung gehabt hätte, das deutsche Heer zu zermürben, wie kommt es, daß nie ein Mensch etwas davon gemerkt hat, ehe er selber in Magdeburg damit renommierte?

Wieviel Deserteure lassen sich nach Ansicht der „Kreuzzeitung" obendrein mit gefälschten Papieren freiwillig wieder an die Front zurückschicken, wie das Herr Vater engros besorgt haben will?

Diese Fragen haben wir schon oft an die reaktionäre Presse gerichtet, aber bis heute vergeblich auf Antwort gewartet.

Nun aber kommt die „Kreuzzeitung" mit neuem Material. Sie trumpft bereits im voraus damit auf, daß wir natürlich nicht wagen würden, es unseren Lesern zur Kenntnis zu geben. Wir wagen es um so mehr, als wir auch diese Geschichten schon oftmals im „Vorwärts" behandelt und widerlegt haben. Richtig ist nur, daß die „Kreuzzeitung" bis heute noch nie gewagt hat, etwas von unseren Enthüllungen über die wirklichen Fronterdolcher abzudrucken, weder die zahllosen Soldatenbriefe über mißhandelnde und schwelgende Offiziere noch die zahlreichen im Original hier wiedergegebenen Menukarten aus Offizierskasinos usw.

Doch hier die Anklagen der „Kreuzzeitung":

Bald nach Kriegsausbruch erklärte der Abg. Haase, damals Vorsitzender der sozialdemokratischen Gesamtpartei:

„Wir werden die Armee untergraben, um die Weltrevolution in Gang zu bringen."

In der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses am 23. Februar 1915 sagte der „Vorwärts"-Redakteur Abg. Ströbel:

„Ich bekenne ganz offen, daß ein voller Sieg des Reiches den Interessen der Sozialdemokratie nicht entsprechen würde."

Am 6. November 1917 schrieb der „Vorwärts" selbst:

„Warum noch Krieg?" — Wir müssen uns heute darüber klar werden, daß die eigentlichste und tiefste Ursache dafür, daß es so ungeheuer schwer ist, zum Frieden zu kommen, in den militärischen Erfolgen Deutschlands liegt."

Aehnlich äußerte sich der Abg. Scheidemann am 23. September 1918:

„Uebrigens waren wir immer dann, wenn unsere militärische Situation am glänzendsten war, in heftigster Opposition."

Die Blumenmutter.

Von Hans Bauer.

Wie alt sie sein wird? 60, 65, 70? Wer weiß es? Ihren Kopf hält ein Tuch umhüllt. Ein farbloses, schmutziges Tuch. Ihr Gesicht ist schmal und grau. Sie hat einen Wagen neben sich stehen. In dem liegen Hunderte von Maienzweigen zu Sträußen gebündelt. Einen hält sie immer in ihrer Rechten. Hält ihn den Passanten entgegen. Sagt kein Wort dazu. Das liegt ihr nicht, dies Reklamemachen, dies Anpreisen. Dazu ist sie zu alt. Vielleicht hat sie es auch früher nicht gekonnt. Anpreisungen sind schließlich auch nicht nötig. Die grünen Sträuße sind Reklame genug. Die Mehrheit ihrer Käufer besteht aus jungen Mädchen. Aus jungen Mädchen in weißen und himmelblauen und rosaroten Kleidchen. Wenn ein Strauß aus ihrer zitrigen Hand in eine spiegelglatte fährt, ist es, als werde eine Naturnotwendigkeit erfüllt. Die blutjungen, herrlichgrünen Zweige gehören nicht zu ihr. Die gehören zu denen, die selber in Blüte stehen, selber von Lebenswillen überschäumen.

Was sie wohl denkt, die Alte, wenn sie so vor ihrem grünen Wagen steht und die seligen Maitage ihr putzfreudige Jugend zutreiben?

Erinnerungen werden in ihr aufwachsen. Erinnerungen an ferne, ferne Tage. Eine unendliche Schwermut wird sich in sie schleichen. Und eine namenlose Sehnsucht durch sie wühlen und ihr Herz schwer machen. Sie wird in der Sechzehnjährigen, die eben in die Sträuße greift, um den schönsten zu finden, sich selber wieder erkennen. Einmal war auch sie so. Ein Abglanz dessen, was in allem Vergehen und Dahinwelken ewig bleibt, wird jetzt in ihren Augensternen spiegeln.

Unsinn, Unsinn: alles Phantasterei! Guckt euch die Alte genauer an. Sie freut sich der schönen Birkenzweige — aber nur, weil sie gute Verkaufsobjekte sind. Sie freut sich der jungen Mädchen — aber nur, weil sie sich gern mit ihrer Ware die Zimmer schmücken. Sie freut sich des prächtigen Wetters — aber nur, weil es den Verkehr belebt und der ihre Kasse füllt. Und sie muß verdienen. Noch mit 60, 65, 70 Jahren.

Nein, nein: Nichts von Abglanz, nichts von Schwermut ist an ihr zu finden. Sie weiß es gar nicht, wie dumpf, träge die Zeit für sie hinsickert.

Und das ist die größte Tragödie dieser Alten.

XXII. Schweizer Tonkünstlerfest. In Lugano fand in den Pfingsttagen das XXII. Schweizer Tonkünstlerfest statt. Der Veranstalter des Schweizer Tonkünstlervereins, der in diesem Lande das leistet, was der „Allgemeine Deutsche Musikverein" in Deutschland verrichtet, kann stolz sein darauf, daß das verhältnismäßig kleine Land genug Komponisten besitzt, um alljährlich eine Anzahl neuer Werke dem Publikum zur Prüfung vorlegen zu können. Zwar war es diesmal nur ein „kleines" Fest, das mit der Generalversammlung verbunden war, aber das Programm des Konzertes enthielt lauter anregende Werke, die, mit Ausnahme einer Arbeit des Schweizer Altmeisters Hans Huber, zur Uraufführung kamen. Ein Klavierquintett von Frank Martin bewegt sich in französisch-italienischen Bahnen, sagt inhaltlich nicht viel, aber drückt das Gesagte hübsch und unterhaltsam aus, so daß der Zuhörer beständig interessiert bleibt. Voller und reicher erwies sich eine Klavier-Violinsonate von Walter Lang, in der besonders der langsame zweite Satz nach der Tiefe geht und in einer eigenen Tonsprache einen Werdenden verrät, auf den man gute Hoffnungen setzen kann. Elegant, kapriziös und pianistisch sehr reizvoll war die „zweite Ballade" von E. R. Blanchet, aus der ein starker, jedoch von eigener Persönlichkeit erfüllter französischer Geist spricht. Klang- und sangvolle Lieder hatten Richard Flury zum Verfasser, der darin eine geschmackvolle volkstümliche Ader verrät, ohne auf moderne Harmonien zu verzichten. Hubers Klavierquintett „Zweites Divertimento", schon 1907 geschrieben, bekundete die Meisterhand und bildete nach dem vorangegangenen jungen Most den gereiften Teil des Programms. Um die Ausführung der Werke machten sich Frl. Lily Mermino (Klavier), Frau Helene Stoß (Gesang), P. D. Möckel, Walter Lang (Klavier), Walter Garrang (Violine) und das ausgezeichnete „Zürcher Streichquartett" sehr verdient. Bei der Generalversammlung konnte zur Gründung eines bereits recht gut versehenen „Hilfsfonds" für in Not geratene Mitglieder des Schweizer Tonkünstlervereins geschritten werden.

Was das „trockene" Amerika spart. Amerikanische Blätter bringen statistische Aufstellungen über das außerordentliche Anwachsen der Spareinlagen in den Banken seit der Durchführung des Alkoholverbotes in den Vereinigten Staaten und führen diese Zunahme darauf zurück, daß das sehr kostspielige Trinken wegfällt. Die großen Banken hatten im Jahre 1914 Depots von 1357 Millionen Dollar in New York oder 437 Dollar auf jeden Depotinhaber. Im Jahre 1920 betrugen die Depositen 2519 Millionen Dollar oder fast das Doppelte. Die Ursache ist nicht in Kriegsgewinnen zu suchen, denn im Jahre 1917, wo die Kriegsgewinne am höchsten waren, wuchsen die Einlagen nur um 170 Millionen Dollar, während sie 1920 um 393 Millionen Dollar steigen. In den eigentlichen Sparbanken sind die Depositen seit 1914 um über 1000 Millionen Dollar gestiegen. 11½ Millionen Sparer haben durchschnittlich je 520 Dollar. Diese gürstige Entwicklung war nur dadurch möglich, daß der amerikanische Arbeiter nichts mehr für Alkohol ausgeben kann.

Flechten, die Steine auflösen. Die Kräfte, die Gesteine zur Verwitterung bringen und das Felsenwerk schließlich in Sand und Ackererde verwandeln, hat man bisher in der Regel nur in den atmosphärischen Einflüssen gesucht. Wasser und Frost, chemische Umsetzungen, die sich beim Zutritt von Sauerstoff, Kohlensäure usw. in den Gesteinen entwickeln, der zerstörende Einfluß der überall hin sich verbreitenden Industriegase, all das wurde als der Hauptgrund für die Verwitterung angegeben. Organismen hat man als Verwitterungsmittel bisher nur insoweit gekannt, als sie schon zerlaugtes Gestein weiter aufschließen und dadurch den Prozeß beschleunigen, der den Schutt der Berge in nutzbare Erde wandelt. Wie Adolf Koelsch in den „Sozialistischen Monatsheften" auf Grund von Forschungen, die in den Berichten der Deutschen Botanischen Gesellschaft veröffentlicht werden, mitteilt, sind aber auch Organismen die eigentlichen Vernichter und Auflöser von Gestein, und zwar werden diese harten Massen am erfolgreichsten von den Flechten angegriffen. Diese Gebilde, die aus einer Lebensgemeinschaft von Pilzfäden und Algen bestehen und als erste Bewohner auf nackten Felsoberflächen erscheinen, entwickeln eine sehr bedeutende gesteinslösende Tätigkeit. Vor allem unter den Kalkflechten gibt es Formen, die sich keineswegs nur damit begnügen, jene erste Humusschicht auf der Gesteinsoberfläche zu bilden, auf der dann Gewächse höherer Ordnung entstehen können. Diese Flechten bringen vielmehr aktiv in das Gestein ein und bohren sich so in sein Inneres, daß ihre Fadengeflechte vollständig unter der Oberfläche verschwinden und sogar die Ausbildung der Fruchtbecher im Innern der Felsen erfolgt. Den Weg ins Innere bahnen sie sich selbst, und zwar ist der bahnbrechende Teil bald der Pilz und bald die Alge. Sie bedienen sich dabei stark säurehaltiger, kalklösender Stoffwechselerzeugnisse, die ihren Fadenspitzen entquellen. Die Flechten fressen so enge schachtartige Höhlungen, die nach allen Seiten auseinandersprossen, in das Gestein, durchlöchern auf diese Weise die Felsen und arbeiten den anderen Einflüssen vor, die sie dann vollends zerbröckeln.

Komödienhaus: „Der blonde Engel". Das Operettengastspiel im Komödienhaus hat sich mit dem musikalischen Schwank „Der blonde Engel" einen vollen Sommererfolg gesichert. Es weht alte Berliner Schwankluft in dem Libretto der Herren Richard Keßler und Artur Rebner. Ziemlich die alten Requisiten, aber famos und lebenskräftig aufgefrischt. Dabei als Unterton von herzigem, anständigem, derbem, nicht kitschigem Humor, der sofort gefangen nimmt. Auch die Gesangstexte von Stendick sind vernünftige Liedchen, nicht wie sonst ödes Reimgeklingel. Und Robert Winterberg, der ganz hervorragend selbst dirigierte, hatte dazu eine Vertonung geliefert, die zu seinen allerbesten zählt. Frisch und frei, nicht Originalhöhenluft, aber eine gesunde Ebenenbrise, die in Schlagern wie „Ich möcht mal so alleine" oder dem zwerchfellerschütternden „Pimmy-Ensemble" ihre ausladenden Höhepunkte hat.

Die Aufführung war erstklassig. Georg Baselt, der unechte „Witwer" und richtige Schwankpapa, Josefine Dora, seine ebenbürtige Frau und hinreißende Couplетsängerin, Paul Heidemann, der Unglückssohn, der mit seiner Naivität Berge versetzt, Ida Marsen, die wunderbar feinsinnige Rosel, dazu der schneidige Kurt Busch, Julius Rogg und andere bildeten ein mustergültiges Ensemble, das dem Regisseur Hermann Feiner alle Ehre machte. Inge van der Straaten, die mit ihrer entsetzlich brüchigen Sprechstimme zuerst ordentlich auf die Nerven fiel, zeigt sich als „blonder Engel" doch im ganzen auf voller Höhe. H. M.

Das Deutsche Landestheater in Prag ist für die Deutschen endgültig verloren. Die letzte Instanz hat die „Besitzstörungsklage" des Theaterdirektors Leopold Kramer abgewiesen.

Am 20. Oktober 1918 erklärte wiederum der „Vorwärts“:

„Deutschland soll — das ist unser fester Wille — seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das letzte Mal siegreich heimgebracht zu haben.“

Und nach dem Zusammenbruch der Front verkündete dann am 9. November 1918 Herr Scheidemann triumphierend von der Freitreppe des Reichstags:

Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt.

Die sozialdemokratische Herkunft dieser Beweisstücke wird auch der „Vorwärts“ nicht bestreiten können.

Trotz des Schlußsatzes müssen wir zunächst feststellen, daß die „Kreuzzeitung“ an der Spitze ihrer Liste wieder mit zwei Männern (Haase und Ströbel) operiert, die während des Krieges unabhängige und nicht sozialdemokratische Politik getrieben haben. Doch das ganze ist nur ein plumper Versuch, die Sache auf ein anderes Gebiet zu lenken. Hier ist die Rede von einer in der Armee getriebenen Propaganda mit dem Ziele, diese zu zersetzen und aufzulösen. Mit diesem Thema hat überhaupt nur das erste Zitat der „Kreuzzeitung“, der angebliche Ausspruch Haases, etwas zu tun, alles andere gar nichts. Wir erlauben uns im übrigen, die Echtheit dieses Ausspruches zu bezweifeln, solange die „Kreuzzeitung“ nicht einmal anzugeben weiß, wann und wo er gefallen sein soll. Dieses Zitat riecht sehr stark nach alldeutscher Erfindung. Alle anderen Zitate haben aber mit der angeblichen Zerrüttung der Armee überhaupt nichts zu tun.

Zu den letzten Zitaten ist überdies zu fragen, wie Aussprüche vom 20. Oktober und 9. November 1918, also zu einer Zeit, wo die militärische Niederlage längst besiegelt war, diese erst hätten hervorrufen können. Aber nicht nur bei diesen dreien, sondern auch bei den vorhergehenden Zitaten können wir feststellen, daß es sich um Sätze handelt, die aus jedem Zusammenhang und Sinn gerissen sind, die aber nicht einmal in ihrer entstellten Wiedergabe als Beweise einer Propaganda für die deutsche Niederlage angesehen werden können. Die Stellung der Sozialdemokratie im Weltkrieg ist eine geschichtlich so klare Tatsache, daß der Versuch, sie mit drei oder vier künstlich zurecht gefeilten Sätzchen aus der Welt zu schaffen, sich selber zur Lächerlichkeit verdammt.

Wenn aber die „Kreuzzeitung“ Zitate liebt, so können wir ihr gern eine Reihe von Aussprüchen konservativer Männer, wie Adam Röder, Graf Kardorff und sogar Graf v. Reventlow zur Verfügung stellen, die beweisen, daß der schlimmste Verderb des deutschen Heeres keine zersetzende Propaganda, sondern Hochmut und Brutalität des Offizierkorps gegenüber den Mannschaften war.

Die Verlegenen.

Nachdem der Himmel über Nacht nicht das Wunder gewährt hat, die ganze Geschichte nicht wahr sein zu lassen, sieht sich selbst die „Deutsche Zeitung“ endlich genötigt, an der verstecktesten Stelle ihrer heutigen Morgenausgabe — im unpolitischen Teil! — mit ganzen 34 Zeilen über den Prozeß und die Verurteilung des Exprinzen Eitel Friedrich zu berichten. Max Maurenbrecher wird langsam reif für den Hohenzollernschen Hausorden, den wir dem Verfasser der „Hohenzollernlegende“ von Herzen gönnen.

„Deutsche Tageszeitung“ und „Tägliche Rundschau“ möchten gern Entrüstung mimen, weil der „Vorwärts“ einiges zu der Angelegenheit geschrieben hat, aber es fällt ihnen ersichtlich schwer. An die „Deutsche Tageszeitung“ hätten wir insbesondere eine Frage zu richten: Als im November 1920 der „Vorwärts“ die fürstliche Schieberclique um das Bankhaus Grusser, Philippson u. Co. bloßstellte, war sie es, die behauptete:

In Wahrheit ist bereits festgestellt, daß auch nicht ein Mitglied des früheren preußischen Königshauses irgendwelche Beziehungen zu dieser Firma (Grusser, Philippson u. Co.) hatte.

Möchte die „Deutsche Tageszeitung“ sich nicht einmal darüber erklären, wie diese Behauptung mit den tatsächlichen Ergebnissen des Prozesses übereinstimmt?

*

In der heutigen Morgenausgabe des „Lokalanzeiger“ finden wir folgende Annonce:

Achtung,
für Sammler, Taschentuch der Kaiserin Auguste Viktoria zu verkaufen. Offerten unter „H. Sw. 183“ Nebenstelle d. Bl., Uhlandstraße 142.

Das Inserat sagt leider nicht, ob das Taschentuch auch noch Spuren der allerhöchsten Benutzung aufweist. Dadurch könnte es noch vielfach an Wert gewinnen — wenigstens bei der Gemütsverfassung gewisser Monarchisten.

Das Urteil der Parteigenossen.

Kassel, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Am Mittwoch abend nahmen die Vertreter der Kasseler Parteiorganisationen in einer stark besuchten Versammlung Stellung zu der Annahme des Ultimatums und zum Wiedereintritt unserer Partei in die Regierung. Nach einem eingehenden Referat des Landtagsabgeordneten Genossen Hauschild faßte die Versammlung einstimmig eine Entschließung. Darin wird die Zustimmung der Reichstagsfraktion zum Ultimatum und der Eintritt der Sozialdemokratie in die Reichsregierung gebilligt, weil dadurch eine Regierung zur Erfüllung des Ultimatums zustandegekommen ist und der Vormarsch der Franzosen, die Besetzung des Ruhrgebietes mit ihren katastrophalen Folgen für die deutsche Industrie und insbesondere für die deutsche Arbeiterschaft sowie der Verlust des oberschlesischen Industriereviers abgewendet worden sind.

Mit aller Entschiedenheit spricht die Entschließung die Hoffnung aus, daß die Reichstagsfraktion jeden Versuch der Deutschen Volkspartei, nachträglich in die Regierung zu gelangen, rückhaltlos zurückweisen wird. Mit wenig rühmlichen Ausnahmen hat die Deutsche Volkspartei sich aus parteiagitatorischen Gründen feige um das Ja gedrückt und es der Sozialdemokratie überlassen, die Deutschland drohende Katastrophe abzuwenden. Die Deutsche Volkspartei hat sich damit selbst ausgeschaltet und muß im Volksinteresse kaltgestellt bleiben.

Die Entschließung spricht dann aus, daß die Erfüllung des Ultimatums gelingen wird, wenn sofort mit allen Kräften alle erforderlichen Maßnahmen wirtschaftsorganisatorischer Art getroffen werden. Die Lasten aus dem Friedensvertrag von Versailles sind so zu verteilen, daß sie in erster Linie von denen getragen werden, deren Zahlungsfähigkeit auch heute noch außer Zweifel steht.

Groß-Berlin

Berlins Bevölkerungsbilanz für 1920.

Endlich wieder Geburtenüberschuß!

Ueber die Geburten und Sterbefälle im Gebiete des bisherigen Berlins hat das Berliner Statistische Amt mehrere die Hauptergebnisse aus 1920 wiedergebende Tabellen zusammengestellt und jetzt veröffentlicht. Das Jahr ist seit Ausbruch des Krieges das erste, dessen Ergebnisse eine nennenswerte Besserung zeigen.

Die außerordentliche Zunahme der Geburten, die infolge der im November 1918 plötzlich einsetzenden Heeresentlassung sich vom August 1919 ab bemerkbar machte, hat im Jahre 1920 noch angedauert und ist erst hier voll zur Geltung gekommen. Unter dem Einfluß des Krieges erlitt die Zahl der Geborenen (einschl. Totgeborene), die für 1913 und 1914 noch 42 493 und 39 052 betragen hatte, eine rasche und sehr bedeutende Verringerung. Sie sank für 1915 und 1916 auf 32 249 und 23 639, erreichte mit nur noch 19 458 für 1917 ihren tiefsten Stand und war mit 21 015 für 1918 nur unwesentlich höher. Das Jahr 1919, das erst mit fünf Monaten an der Geburtenmehrung beteiligt war, brachte 27 829 Geborene. Für das Jahr 1920, das ganz unter dem Einfluß der Geburtenhochflut stand, waren 34 911 Geborene zu buchen. Gegenüber den 42 493 Geborenen für 1913 ist das freilich immer noch wenig, zu wenig selbst dann, wenn der Bevölkerungsrückgang in Rechnung gestellt wird. Dabei scheint bei den Geburten die nach dem Kriege eingetretene Flut schon mit 1920 ihren Höhepunkt erreicht zu haben und in 1921 wieder einer Ebbe zu weichen.

Nach dem Kriege kam es gleichzeitig mit der Geburtenmehrung zu einer beträchtlichen Minderung der Sterbefälle in Berlin. Die Zahl der Gestorbenen (ohne Totgeborene) war hier noch in der ersten Hälfte des Krieges mäßig geblieben: sie stellte sich für 1913 und 1914 auf 28 067 und 29 664, für 1915 und 1916 auf 28 572 und 27 147. Die Abnahme in 1915 und 1916 fand zum Teil in dem Bevölkerungsrückgang ihre Erklärung. Dann aber trat plötzlich in 1917 und 1918 mit 34 138 und 35 764 eine abschreckende Zunahme der Sterbefälle ein. Das waren die Folgen der Entbehrungen, die der Krieg dem deutschen Volke gebracht hatte. Unter seinen immer fühlbarer gewordenen Einwirkungen erlagen in Berlin z. B. im Oktober 1918 die durch lange Unterernährung Geschwächten und Zermürbten zu Tausenden der Influenza und der sich anschließenden Lungenentzündung. Demgegenüber bedeuten die 31 307 und 30 982 Sterbefälle aus den Jahren 1919 und 1920 eine beträchtliche Minderung. Doch sind auch hiermit noch nicht wieder die niedrigen Zahlen der Zeit vor dem Kriege erreicht. (In den Kriegsjahren sind die Gefallenen nicht mitgezählt.)

Das Erfreulichste an dem Ergebnis von 1920 ist, daß dieses Jahr zum ersten Male wieder Geburtenüberschuß gebracht hat. Werden von den oben mitgeteilten Zahlen aller Geborenen die der Totgeborenen abgezogen, so bleiben für die acht Jahre 1913—1920 40 833, 37 493, 30 993, 22 708, 18 725, 20 228, 27 829, 33 469 Lebendgeborene. Dieselben Jahre hatten, wie oben angegeben, 28 067, 29 664, 28 572, 27 147, 34 138, 35 764, 31 307, 30 982 Gestorbene (ohne Totgeborene). Mithin belief sich der Geborenenüberschuß für 1913 auf 12 766, für 1914 noch auf 7829, für 1915 nur noch auf 2421. Dann kamen Jahre mit Gestorbenenüberschuß, 1916 mit 4439, aber 1917 und 1918 mit 15 413 und 15 536, schließlich 1919 mit noch 3478. Erst für 1920 ist wieder ein Ueberschuß von Geborenen zu verzeichnen, zunächst nur 2487.

Ob in 1921 das Ergebnis sich weiter bessern wird, muß abgewartet werden. Bisher hat gegenüber 1920 die Sterblichkeit nachgelassen. 1920 forderten Influenza und Lungenentzündung im Februar viele Opfer. Niemand kann wissen, ob wir diesmal von Epidemien verschont bleiben.

Die polnischen „Tonnen“.

Einen interessanten Einblick in das Leben und Treiben der „östlichen“ Falschmünzer gewährt das Ergebnis der Ermittlungen, die die Falschgeldabteilung der Reichsbank im Anschluß an die Aushebung der Sydowschen Druckerei in Lichtenberg anstellte. Die Nachforschungen führten zur Aushebung von drei Falschgeldfabriken in verschiedenen Städten und zur Verhaftung von fünf Falschmünzern, während es dem Haupt der Bande bisher gelang, sich der Festnahme zu entziehen. Mit der Lahmlegung der Sydowschen Druckerei und der Schließung der drei anderen Fabriken scheinen die Quellen verstopft zu sein, aus denen der „Tonnenhandel“ mit falschen polnischen Tausendmarkscheinen schöpfte, über den wir kürzlich berichteten. Die Fälscherbande hauste zunächst in der Gegend von Kalisch, kam dann nach Deutschland und richtete sich zu gleicher Zeit in Berlin, Breslau, Hannover und Wiesbaden ein. Auf der Suche nach einem Drucker trafen die Galizier in der Kantstraße zu Charlottenburg den Buchdrucker Sydow, der in der Dottistraße zu Lichtenberg einen kleinen Betrieb unterhielt. Er beschaffte eine Steindruckpresse, wodurch er 2500 Mark verdiente, während er durch den Druck des Falschgeldes solche Einnahmen nicht erzielen konnte. Die Platten hatte ein als der „Vater“ bezeichneter Galizier namens Abraham Freidenreich angefertigt, der als außerordentlich fromm bezeichnet wird. Nach und nach wurden die Galizier gegen Sydow mißtrauisch. In einer Nacht kamen sie in die Druckerei hereingestürzt und schafften die Druckbogen weg. So sah nun Sydow den Lohn seiner Arbeit gefährdet. Er machte sich auf die Suche nach den Galiziern und fand auch mehrere in verschiedenen Hotels wieder. Diese führten ihn nach der Oranienburger Straße in ein Quartier, in dem 10 ihrer Landsleute zusammenhausten. Sydow ließ sich von ihnen bewegen, wieder weitere Sorten zu drucken. Er hatte bereits 200 polnische Tausendmarkscheine hergestellt, als die Falschgeldabteilung der Reichsbank eingriff und die ganze Werkstatt ausräumte. Die weiteren Ermittlungen führten jetzt zur Verhaftung von fünf Galiziern namens Juda Hiller, Abraham Sonnenfeld, Alfred Ehrlich und die Gebrüder Alfred und Moritz Harries und zur Entdeckung und Aushebung der Fabriken in Breslau, Hannover und Wiesbaden. Der „Vater“ wird noch eifrig gesucht.

Keine Fahrpreiserhöhungen zum 1. Juni?

Steigende Frachten.

Wie verlautet entgegen den bisherigen Nachrichten, sind die Beratungen über die Feststellung der neuen Preise im Vororts- und im Fernverkehr, soweit die nähere Umgebung Berlins in Betracht kommt, noch nicht abgeschlossen. Der Grund soll darin zu suchen sein, daß die Ankündigung der zum 1. Juni eintretenden Erhöhung aller Fahrpreise zu einer panikähnlichen Flucht von Fahrgästen der 3. zur 4. Wagenklasse geführt hat. Man beginnt wahrscheinlich einzusehen, daß sich eine 50- bis 100prozentige Erhöhung der Monatskarten nicht ohne weiteres durchführen läßt. Erbitterung hat auch in Arbeiterkreisen die bedeutende Erhöhung der Wochenkarten hervorgerufen. Man darf also annehmen, daß die zum 1. Juni geplante Erhöhung aller Fahrkarten in dem bisher beabsichtigten Umfang nicht durchgeführt werden kann.

Um so größere Beachtung seitens aller Konsumenten verdient jedoch die sich abseits von der Oeffentlichkeit vollziehende Verteuerung sämtlicher Bahntarife. Beispielsweise kostet die Fracht für 30 Zentner Obst von Karlsruhe nach Berlin 2050 M. gegenüber 88 Mk. im Jahre 1914. Auf diese Weise werden in Berlin alle Lebensmittelpreise dauernd erhöht. Der letzte Grund zur Erhöhung der Frachten liegt aber in der ständigen Erhöhung der Kohlenpreise.

Vereitelter Raubmordanschlag auf einen Juwelier.

Ein Täter erschossen, ein zweiter verhaftet.

Bei einem vereitelten Raubüberfall erschossen wurde in der vergangenen Nacht in dem Hause Wartenburgstraße 15 ein Mann von etwa 30 Jahren, dessen Persönlichkeit noch festgestellt werden muß. In dem Hause wohnt im hohen Erdgeschoß der 31 Jahre alte Kaufmann und Juwelier Albert Guschke, der in der Belle-Alliance-Straße 23 mit seinem Vater ein Ladengeschäft betreibt. Aus verdächtigen Wahrnehmungen, die ihm zu Gehör kamen, schloß er, daß gegen ihn oder sein Geschäft etwas geplant wurde. Er wandte sich an die Kriminalpolizei, die ihm auch ihren Schutz angedeihen ließ. In der vergangenen Nacht waren mehrere Beamte in der Wohnung Guschkes und draußen auf dem Posten. Die Vermutung Guschkes bestätigte sich. Kurz vor 12 Uhr drangen drei Männer mit Nachschlüsseln in das Haus und durch das Bureau in das Wohn- und Schlafzimmer des Juweliers ein. Als sie sich auf den Mann, der im Bette lag, stürzen wollten, traten ihnen die Beamten aus ihrem Versteck entgegen. Einer der drei erhob sofort eine Schußwaffe. Die Beamten kamen ihm jedoch zuvor und gaben mehrere Schüsse auf die Einbrecher ab, von denen einer tötlich getroffen zusammenbrach. Eine Kugel prallte vom Ofen zurück und verletzte den Beamten selbst am Fuße. Es gelang, einen zweiten Einbrecher festzunehmen, während der dritte die Flucht ergriff und entkam.

„Vorwärts“ und Proletarierelend.

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Rote Fahne“ in ihrer Nummer 219 eine demagogische Kritik unserer Sonntagsplauderei: „Abseits vom Frühling“, und nennt dann diese Schilderung „den Gipfel der Heuchelei“. „Gerade die Rechtssozialisten“, so schreibt sie, „haben während ihrer zweijährigen Tätigkeit in der Regierung nichts Entscheidendes unternommen, um die durch den zusammenbrechenden Kapitalismus immer mehr zunehmende Verelendung weiter Proletarierschichten aufzuhalten.“ Dann wird natürlich an Noske, Heine, Hörsing, Sipo und Reichswehr erinnert, und zum Schluß heißt es: „Erst die Errichtung der Diktatur des Proletariats ist Gewähr dafür, daß in erster Linie allen Arbeitenden Wohnung, Kleidung und Nahrung zuteil wird.“

Wir gestehen mit Vergnügen, daß wir auf diese Anpöbelung der „Roten Fahne“ gefaßt waren. Es ist doch so selbstverständlich, daß die Kommunisten, die durch ihr ganzes Verhalten zur Vergrößerung des Proletarierelends in reichlichstem Maße beigetragen haben, nach der nur zu bekannten Methode: „Haltet den Dieb!“ arbeiten müssen. Haben im heiligen Rußland, wo ja doch nach dem so gepriesenen Allheilmittel der proletarischen Diktatur regiert wird, etwa alle Arbeitenden Wohnung, Kleidung und Nahrung in ausreichendem Maße? Wohl ist dort der russische Kapitalismus zertrümmert worden, aber nur um den Ententekapitalismus auf Umwegen wieder hereinzulassen. Absolutismus und Imperialismus blühen dort in Rußland, die Methoden des Zaren sind von den gelehrigen Schülern Lenin und Trotzki noch übertroffen worden, und es steht Leuten, die das Vorgehen der Kommunisten gegen diejenigen, die sich des Zwanges entledigen wollen, gut heißen, die mit der Erdrosselung der sozialistischen Georgien sich einverstanden erklärten und in heißem Bemühen um die Sipo warben, schlecht an, über diese herzuziehen. Im übrigen hat Paul Levi seinen ehemaligen Freunden die beste Antwort gegeben, als er an die Spitze seiner bekannten Broschüre als Motto Florian Geyers Ausspruch setzte: „Die beste Sache, die edelste Sache, in Euren Händen ist sie gewest wie das Kleinod im Saustall.“

Das Storchnest verschwindet!

In dem ehemaligen Fischerdorf Stralau war eins der wenigen Ueberbleibsel aus alter Zeit die mehrere Jahrhundert alte, der Berliner Ausflüglern recht bekannte Baulichkeit „Zum Storchnest“, die aber schon lange nicht mehr als Restaurant benutzt wurde. Auf dem verwitterten Holzturm nistete alljährlich durch Generationen hindurch eine Storchenfamilie. In den letzten Jahren waren die gesamten Baulichkeiten so baufällig geworden, daß sie nunmehr abgebrochen werden.

Eine verhängnisvolle Segelpartie. Der 27 Jahre alte Schlächter Paul Päschke aus der Prenzlauer Allee 25-26 machte am zweiten Pfingstfeiertag mit seiner Braut, der 17 Jahre alten Charlotte König aus der Rathausstraße 18 zu Lichtenberg und drei Bekannten eine Segelpartie auf dem Heiligensee. Gegen 2 Uhr nachmittags kenterte das Boot und Päschke und seine Braut, sowie zwei andere Insassen des Bootes fielen ins Wasser. Während es den beiden anderen gelang, sich durch schwimmen zu retten, fand das junge Paar den Tod in den Wellen. Gestern abend um 9 Uhr wurden beide Leichen gelandet. Sie wurden nach dem Schauhause in Berlin gebracht.

Einer Spiritusexplosion wegen wurde der 11. Löschzug nach der Mittenwalder Straße 23 gerufen. Die Wohnungsinhaberin Frau Polamzeck hatte, als sie in der Küche Feuer anzünden wollte, durch die Explosion einer Flasche Spiritus so schwere Brandwunden am ganzen Körper erlitten, daß sie sofort nach dem Urban-Krankenhaus geschafft werden mußte. Besonders schwer sind die Verletzungen am Kopf und an den Händen.

Lebensmittel in Schöneberg. In Schöneberg-Friedenau findet vom 19. bis 24. Mai Vorannmeldung statt für je 250 Gramm Gebäck auf den links am Mittelstück der Milchkarte D I und D II befindlichen Abschnitt, gekennzeichnet am Ende durch ein kleines freies Feld. Ausgegeben werden in der nächsten Woche: 800 Gramm amer. Weizenmehl und 2 Päckchen Penners Puddingpulver auf Abschnitt 5 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte, Bezirk XI.

Veränderung
unserer Fernsprechanschlüsse!

Infolge des Umbaues unserer Telephonanlage verändern sich die Fernsprechanschlüsse wie folgt:

REDAKTION
Moritzplatz 15195-97

Vorwärts-Verlag (Zeitungsverlag) sowie Hauptexpedition und Inseratenabteilung Moritzplatz 11753-54

Nachtexpedition wie bisher Moritzplatz 15195

Buchdruckerei u. Buchhandlung (Verlag und Sortiment) 15190-94

Wir bitten, vor allem von der Veränderung der Telephonnummern der Redaktion Kenntnis zu nehmen, damit bei Ferngesprächen von Orten ausserhalb Berlins keine Verwechslungen mit den bisherigen Nummern stattfinden.

Gewerkschaftsbewegung

Tagung der Cafékellner.

Die Cafékellner hielten in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag im Café Stern eine außerordentliche Versammlung ab, in der mitgeteilt wurde, daß der Streik abgebrochen sei. Näheres soll noch bekanntgegeben werden. Den größten Teil nahm die Wahl eines Branchenleiters in Anspruch. Ueber die Kandidatenfrage wurde lange und sehr lebhaft debattiert. Der Kommunist Richter erhob gegen den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund wieder die alten Angriffe, daß nicht genug für die Arbeitslosen geschehe und daß die schwache Beteiligung an den Versammlungen auf den Mangel energischer Führung beruhe. Von anderen Rednern wurden diese Behauptungen zurückgewiesen. Die nachlassende Beteiligung am gewerkschaftlichen Leben sei wesentlich auf die kommunistischen Treibereien zurückzuführen. Durch diese würden vielen Kollegen die Versammlungen verekelt. Wieseke sprach sich dahin aus, daß man alle Ursache habe, zunächst einmal die dringend notwendige praktische Arbeit zu leisten und die parteipolitischen Fragen beiseite zu lassen, dafür aber alles Einigende in den Vordergrund zu stellen. — Bei der Wahl wurde Richter gewählt. — Die Ergänzungswahlen zum Vorstand wurden vertagt. Die Bekanntmachungen sollen im „Vorwärts", der „Freiheit" und der „Roten Fahne" erfolgen.

Die Arbeitslosigkeit im Bekleidungsgewerbe!

Der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband berichtet über den Stand der Arbeitslosigkeit am 1. Mai 1921 folgendes: Am Schluß des 4. Quartals waren in 334 Filialen 121 621 Mitglieder vorhanden. Ueber den Stand der Arbeitslosigkeit im Monat April haben 115 Filialen mit 95 319 Mitgliedern berichtet. In 55 Filialen mit 7336 Mitgliedern waren Arbeitslose oder verkürzt Arbeitende nicht vorhanden. Hingegen waren in 60 Filialen mit 88 048 Mitgliedern 2081 Mitglieder oder 2,3 Proz. arbeitslos. Verkürzt arbeiteten 3176 Mitglieder oder 3,6 Proz.

Gegenüber dem Vormonat ist eine ganz bedeutende Senkung der Arbeitslosigkeit eingetreten. Da in den Monaten März und April der Vorkriegszeit Tausende von Arbeitskräften in der gesamten Bekleidungsindustrie gesucht wurden, jetzt aber immer noch Arbeitskräfte überzählig sind, ist von einer günstigen Geschäftskonjunktur noch nichts zu spüren.

Die Firma F. W. Gumpert, Konditorei und Café, Neue Königstraße, wollte in die Arbeitsordnung die Bestimmung aufgenommen wissen: „Politische Betätigung irgendwelcher Art während der Arbeitszeit ist verboten." Der Arbeiterrat weigerte sich, dieser mindestens überflüssigen Bestimmung in der Arbeitsordnung beizupflichten, weshalb die Firma den Schlichtungsausschuß anrief. Am 12. Mai kam es zu einem Schiedsspruch, wonach das Verlangen des Arbeitgebers nicht berechtigt ist. Eine politisch-agitatorische Tätigkeit während der Arbeitszeit solle allerdings nicht ausgeübt werden. „Da aber die Auslegung des äußerst dehnbaren und unbestimmten Begriffs der politischen Betätigung Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten und Differenzen bietet und somit ein gedeihliches Zusammenarbeiten und die Ruhe im Betriebe stören könnte, erscheint ein gänzliches Fehlen dieser Bestimmung in der Arbeitsordnung angebracht, um so mehr, als die gewerkschaftliche Betätigung (die ja im gewissen Sinne auch eine politische Betätigung bedeutet), möglichst nur in den Pausen durch tarifliche Vereinbarung gestattet ist, hiermit also schon zur Genüge zum Ausdruck gebracht wird, daß im Gegensatz hierzu eine politisch-agitatorische Tätigkeit zu unterbleiben hat."

Diese Belehrung wird der Firma wohl genügen.

Metallarbeiterstreik in Prag. Mittwoch haben die Arbeiter in den Betrieben der Ersten Böhmisch-Mährischen Maschinenfabrik, der Elektrotechnischen Fabrik Kolben u. Co. und in der Elektrotechnischen Fabrik Fr. Krisik die Arbeit niedergelegt. Diese drei Betriebe beschäftigten rund 6000 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Soziales.

Das Recht auf Urlaub.

Von zuständiger Seite wird der „Dena" mitgeteilt: Gemäß § 4, Ziffer 9 des Tarifvertrags für die Angestellten bei den Reichs- und den preußischen Staatsverwaltungen vom 6. November 1920 ist über die Regelung der Urlaubszeiten der Angestellten für das Jahr 1920 und die folgenden Jahre eine neue Vereinbarung getroffen, durch die § 4 des Manteltarifvertrages nunmehr folgende Fassung erhält:

Jedem Angestellten wird, soweit die dienstlichen Verhältnisse es gestatten, im Anschluß an eine ununterbrochene Dienstzeit von mindestens sechs Monaten im Reichs- oder Staatsdienst alljährlich Urlaub unter Fortzahlung der Dienstbezüge gewährt. Der Urlaub wird auch Angestellten gewährt, die sich in gekündigter Stellung befinden, einerlei, ob sie selbst gekündigt haben oder ob ihnen ohne ihr Verschulden von der Behörde gekündigt worden ist. Ohne Gewährung der Vergütung kann Urlaub bis zu einem Jahre bewilligt werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt; als solcher gilt auch Fortbildung.

Die Dauer des Urlaubs beträgt nach einer Dienstzeit von 6 Monaten 7 Kalendertage, nach einer Dienstzeit von einem Jahr 14 Kalendertage, nach einer Dienstzeit von drei Jahren 17 Kalendertage, nach einer Dienstzeit von fünf Jahren 21 Kalendertage.. Dazu erhalten diejenigen Angestellten, die das 30. Lebensjahr vollendet haben, einen Zuschlag von insgesamt drei Kalendertagen, die das 40. Lebensjahr vollendet haben, von insgesamt 5 Kalendertagen, die das 50. Lebensjahr vollendet haben, von insgesamt 7 Tagen. Außerdem tritt ein weiterer Zuschlag von insgesamt drei Kalendertagen für die Angestellten in den den Besoldungsgruppen 5 bis 8 entsprechenden Vergütungsgruppen, sieben Kalendertagen für die Angestellten in den den Besoldungsgruppen 9 bis 12 entsprechenden Vergütungsgruppen, 14 Kalendertagen für die Angestellten in der der Besoldungsgruppe 13 entsprechenden Vergütungsgruppe hinzu. Diejenigen Angestellten, die auf Veranlassung der Behörde den Urlaub in der Zeit vom 1. November bis 30. April nehmen müssen, erhalten einen Zusatzurlaub bis zu höchstens 7 Tagen. Angestellte mit einer im Reichs- oder Staatsdienst abgeleisteten Dienstzeit von mindestens 10 Jahren erhalten den Urlaub der entsprechenden und gleichaltrigen Beamten. Das Urlaubsjahr läuft vom 1. April bis 31. März, als Stichtag gilt der erste Urlaubstag.

Ein durch die gesetzlichen Versicherungsanstalten oder durch die Versorgungsbehörden verordneter Kuraufenthalt darf auf den Jahresurlaub nicht angerechnet werden. Bei Bekanntgabe der neuen Urlaubsregelung ist jedoch den Angestellten zu eröffnen, daß das Reichskabinett bei Regelung des diesjährigen Urlaubs zum Ausdruck gebracht hat, daß die für 1921 genehmigten Urlaubszeiten nur wegen der noch andauernden besonders schwierigen Wirtschaftslage zugestanden seien und daß die Urlaubsdauer im Jahre 1922 unbedingt einer Kürzung unterzogen werden solle. In diesem Falle würde für das Jahr 1922, da Preußen mit dem Reiche sich in Tarifgemeinschaft befindet, auch eine neue Vereinbarung hinsichtlich der Urlaubszeiten der Angestellten der preußischen Staatsverwaltung zu treffen sein.

Die Einreichungsfrist für ehemalige Kriegsgefangene.

Die Einreichungsfrist für ehemalige Kriegsgefangene, die bisher keine Ansprüche auf Nachzahlung der militärischen Löhnung für die Zeit der Kriegsgefangenschaft oder auf Entschädigung für bei der Gefangennahme geraubte Gegenstände geltend gemacht haben oder die wegen Fristüberschreitung abgelehnt wurden, läuft am 10. Juni d. J. ab. Es wird dringend gebeten, die obige Frist innezuhalten. Alle ehemaligen Kriegsgefangenen, die schon Anträge gestellt haben (früher oder in letzter Zeit) und bisher ohne Antwort geblieben sind, müssen sich weiter gedulden, da alle in Frage kommenden Dienststellen mit der Aufarbeitung der schwebenden Anträge beschäftigt sind, so daß in absehbarer Zeit Erledigung zu erwarten ist. Es ist daher zwecklos, in solchen Fällen an irgendeine Stelle heranzutreten. Kriegsgefangene aus dem früheren Stadtkreis Berlin wenden sich schriftlich an den Zentralhilfsausschuß Molkenmarkt 9/10 I; ehemalige Kriegsgefangene der neuen Verwaltungsbezirke richten ihre Anträge nur schriftlich an die am Sitze der Verwaltung der ehemaligen Vororte noch bestehenden Hilfsausschüsse.

Wirtschaft

Die Ruhrkohlenförderung.

Die Kohlenförderung des Ruhrbeckens einschließlich der linksrheinischen Zechen beträgt:

	Gesamt-förderung	Zahl der Arbeitstage	arbeitstägliche Förderung
April 1921	7 894 985	26	303 653
März 1921	7 685 185	25	307 407
Februar 1921	8 174 606	24	340 609
April 1913	9 969 569	26	383 445

Im Vergleich zum letzten Ueberschichtenmonat Februar ist im April arbeitstäglich eine Minderförderung von rund 37 000 Tonnen zu verzeichnen, die auf den Ausfall der Ueberschichten zurückzuführen ist. Auf den ganzen Monat berechnet, ist demnach bei 25 Arbeitstagen mit einem Förderausfall von mehr als 900 000 Tonnen zu rechnen. Bei der Märzförderung ist zu beachten, daß die Ueberschichten erst am 14. März in Fortfall gekommen sind und daß die Förderung im März durch die mit dem Kommunistenaufstand verbundene teilweise Arbeitsniederlegung erheblich gelitten hat. Gegenüber dem gleichen Monat im letzten Friedensjahr April 1913 beträgt die Minderförderung rund 80 000 Tonnen arbeitstäglich. Im Ruhrbergbau wurden Ende April 542 598 Arbeiter beschäftigt.

Infolge des Rückgangs der Kohlenförderung konnten trotz des geringen Wasserstandes die Ansprüche an die Wagengestellung befriedigt werden. Es wurden arbeitstäglich 21 444 Wagen gestellt gegenüber 22 079 Wagen im Monat März. Die Lagerbestände sind von 877 900 Tonnen Ende März auf 428 700 Tonnen Ende April zurückgegangen.

Oesterreichs Außenhandel. Deutschösterreichs Einfuhr belief sich im Jahre 1920 auf 60,6 Millionen Doppelzentner, die Ausfuhr auf 13,2 Millionen Doppelzentner. Die wichtigsten Einfuhrgüter waren: Lebensmittel (8,8 Mill. Dz.) Kohlen und Holz (41,6 Mill. Dz.), Mineralien (1 Mill. Dz.), Eisen und Eisenwaren (über 1,1 Mill. Dz.). Ausgeführt hat Deutschösterreich u. a.: Holz 3,7 Mill. Dz.), Mineralien (3 Mill. Dz.), Eisen 1,8 Mill. Dz.). An der Einfuhr Deutschösterreichs hat Deutschland sehr erheblichen Anteil. Mehr als ein Drittel der Einfuhrwaren, nämlich 22 Mill. Dz., darunter 19,4 Mill. Dz. Kohle wurden von hier nach Oesterreich importiert. Dieses führte nach Deutschland 2,2 Mill. Dz. Waren aus.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Gewinn-Auszug

der

17. Preuß.-Südd. (243. Preuß.) Klassen-Lotterie

5. Klasse. 7. Ziehungstag. 18. Mai 1921.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Ohne Gewähr. Nachdruck verboten.

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 390 Mark gezogen.

2 zu 10000 M 89499
6 zu 5000 M 82784 191237 218870
50 zu 3000 M 5636 7775 26493 30190 37636 42424 56206 56746 61011 61306 61422 62540 65142 66289 70360 85518 85857 86053 93889 108073 117688 121727 131199 131923 132707 148444 157354 163215 164468 166748 178310 186243 186770 191692 202066 204604 215466 220869 221838 232916
170 zu 1000 M 209 6251 6547 8126 12862 15785 16349 30963 33294 34526 35638 37011 45868 49427 50361 50952 58362 63954 64634 65678 66544 76032 78153 79766 81867 82197 82503 83958 87582 90301 90495 91985 91797 92751 95871 95873 97162 102086 102415 106166 108903 108926 113016 135482 136196 137340 142106 143094 143465 143922 146009 146812 147980 149016 159936 167943 174323 176426 178163 180640 189193 190613 192790 197168 200681 201661 201841 202268 206060 210433 211388 211441 211786 211959 215184 224000 224296 226042 226081 227195 230348 233483 236876 237859 238047
226 zu 500 M 3804 3603 6324 6858 14646 16759 17291 17306 17447 17890 18210 18428 18809 20486 20877 21141 21315 21483 21829 24089 27420 28884 28650 32271 33676 33199 33311 39391 42566 44194 46598 46959 47878 49288 54471 57021 57161 57896 60265 62482 63035 63183 63645 65117 66776 70660 71621 73917 75842 76156 78873 79417 80270 83929 86077 87428 87630 88167 88248 91701 91834 93574 94309 106904 109028 111763 113203 119731 123068 126094 128640 136074 141900 142936 144345 146481 147133 149611 153006 156836 157297 157632 159790 160316 160866 161366 161367 163136 165769 168184 166306 166331 173412 177628 178884 182116 184691 188464 191691 192854 195126 195371 197735 204063 210462 214264 221817 224266 224646 226716 226423 230721 239921

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 390 Mark gezogen.

2 zu 30000 M 152132
8 zu 5000 M 36428 199894 228665 232620
56 zu 3000 M 2877 3786 5596 7838 12077 20332 21030 32034 61199 62887 60663 70069 86717 90671 96764 104001 108304 119151 121259 129989 135614 136264 137461 152640 156144 157493 159051 162771 164773 171548 171890 181090 190247 195909 201382 202254 206467 211766 221220 222498 232638 237034 238962
184 zu 1000 M 977 8023 8289 14712 16739 17682 19327 19354 20193 23560 24032 24526 27826 28249 29179 30236 30933 36019 36201 36485 46218 46895 46953 58736 58527 60271 60780 61190 62686 64444 71632 76047 76066 78754 84147 86738 88074 89759 92157 93081 93693 103891 104066 107196 115859 116169 116879 117820 124074 124443 134902 128132 125817 127607 129175 130134 131041 132817 126401 135872 153967 163763 166310 168437 171711 171780 172361 172567 179365 180287 180640 180183 181684 184660 185697 189491 191029 192468 199600 206798 210812 211992 211849 211742 214986 217488 214268 224679 225321 228730 235045 235946
200 zu 500 M 463 1841 4810 7344 10389 17383 27718 28590 29167 30477 31517 31961 34986 36358 38125 38686 38909 40768 44773 47708 50609 52480 54345 54689 64486 67464 67560 68740 68840 70734 73186 73861 74102 76161 75461 85867 83886 87743 91168 91647 106321 106728 109480 110084 111146 111369 113798 116539 116604 119967 121018 124926 130269 139678 138455 135917 136421 136865 141127 144003 152306 152546 154674 154816 157141 157916 160197 163470 167246 167631 168813 169151 170773 171868 174871 176610 180736 181542 184976 186378 189025 193947 196016 200268 203875 206414 211391 218534 218639 218780 220568 221143 221950 223742 226602 226903 231499 232936 237215 238611

Tuchfabrik-Niederlage

von H. Lamprecht, Berlin-Treptow, Bouchéstr. 17, verkauft Damen-, Herrenstoffe zu Fabrikpreisen an Private Gute dauerhafte Herrenstoffe von 45 M. an aufwärts.

Schuh-Etage Alt-Kölln Köllnischer Fischmarkt 1 I. Etage zwischen Sparkasse und Breite Straße

Ein Schlager: Einige 1000 Paare Damen- Leder-Straßen-Spangenschuhe **38**90

Lederfutter, verst. Lederkappe, Brandsohlen, moderne, bequeme Form, hoher Absatz, Kernledersohle

Ein Posten Turnschuhe anerkannt erstes Fabrikat, mit Chrom-Ledersohlen, Gr. 27—46 fast ohne Fehler Ersparnis fast ⅓ des reg. Wertes

Bestes Fabrikat **Kinder-Stiefel** Gr. 25—35, fast zur Hälfte des Wertes, sowie braun echt Chevr.- u. Boxcalf-**Damen-Halbschuhe** zu stark herabges. Preis.

Wanzen und deren Brut

vertilgt restlos nur Kammerjäger Berg's Nicodaal. Erfolg verblüffend. Kinderl. anzuw. Dankschr. v. überall. Beste Zeit zur Brutvernichtung. Erhältl. i. all. Drogerien u. Apotheken u. b. sämtl. Warenhäusern A. Wertheim, sonst portofrei bei Herm. A. Groesel, Berlin, Königgrätzer Str. 49

Alle Metalle Preiserhöhung!

Zinn! Lötzinn! Weißmetall! Blei! Dring. f. Spezialgebrauch! Kupfer. Rotguß, Messing, Nickel, Aluminium, Zink, Stanniolpapier, Glühstrumpfasche bis 160 M. | Zahngebisse! Zahn b. 100, Platinabfälle! Gold-u. Silberbruch! Gold- u. silberhalt. Rückstände! Quecksilber, salpet. Silber

kauft zu Tageskursen

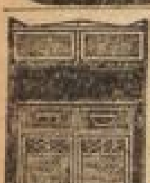
Edelmetall-Einkaufsbureau Weberstraße 31.

Nutzeisen jeder Art:

Rund-, Flach-, Quadrat- u. Bandeisen, Gas-Siede-Rohre, T-Träger u. U-Eisen, Feldschmieden und Amboße sofort ab Lager lieferbar

Felix Kohls, Berlin C. 25, Dircksenstr. 12,

Moritzplatz 12072. Ecke Voltairestraße. Moritzplatz 12073.



Korbmöbel-Einrichtungen

Werkstatt für sämtliche Korbmöbel und Reparaturen. — Besichtigung ohne Kaufzwang.

Edmund Voß, Neukölln Berliner Str. 14. Tel.: Neukölln 2264

Glühlampen Halbwattlampen und sämtl. Elektro-Install.-Material kauft Carl Peschmann Nfl. Bernauer Str. 101 Fabrikgeb. III.

Lombard-Haus H. Graff, Leipz. Str. 75 II Höchste Beleihung Diskret., Reellste Gelegenheitskäufe, Uhren, Brillanten, Schmucksachen. 10—50% unter Ladenpr. Zentrum 1964 Geschäftsz. 10—4

Vorwärtsstrebende und Erfinder Gute Verdienstmöglichkeiten! Aufklärung und Anregung gebende Broschüre: Ein neuer Geist? sendet gratis F. Erdmann & Co., Berlin, Königgräter Str. 71.

Alte Hüte werden auf neu umgepreßt. Damenhüte umpressen 16,— M. Spez. Herrenhüte „ 16,— „ L. Krüger Siegfriedstraße 25/26, am Bahnhof Hermannstraße.

Metall-Bettstellen Kinderwagen, Ruhe- und Polsterbetten, sämtliche Reparaturen an Sport- und Kinderwagen werden schnellstens ausgeführt Schäfer, Neukölln, Hermannstraße 33 Bitte Hausnummer beachten!

„Vorwärts"-Ausgabestellen sowie Geschäftsstellen der Zeitungs-Zentrale (Z. Z.) Aktiengesellschaft * Inseraten-Annahme

Südwest: Lindenstr. 3, II. Hof parterre. — Jerusalemer Straße 65, Hauptgeschäft.
Zentrum: Ackerstr. 174, am Koppenpl. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Westen: Steglitzer Str. 37, Ecke Magdeburger Straße. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Süden: Bärwaldstraße 42, a. d. Gneisenaustraße. Geöffnet von 9—6 Uhr. — Prinzenstr. 81, Hof rechts part. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Osten: Markusstr. 36. Geöffnet von 9—6 Uhr. — Petersburger Platz 4. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Südosten: Lausitzer Platz 14/15. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Nordosten: Immanuelkirchstr. 24. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Moabit: Wilhelmshavener Str. 48, Lübecker Str. 11. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Wedding: Müllerstr. 34a, Ecke Utrechter Straße. Frau Schneider Reinickendorfer Str. 11, Papiergeschäft, Eingang Schönwalder Straße. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wattstr. 9. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Gesundbrunnen: Bastianstr. 7. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Schönhauser Vorstadt: Greifenhagener Str. 22. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Adlershof, Alt-Glienicke: Frl. Walter, Adlershof, Genossenschaftsstr. 6, parterre.
Baumschulenweg: Frau Köpke, Kiefholzstr. 180, Laden.
Bernau, Röntgental, Zepernick, Schönbrück, Karow und Buch: Heinrich Prose Bernau Mühlenstr. 5.
Biesdorf: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Bohnsdorf: Hörlemann, Genossenschaftshaus „Paradies".
Buchholz, Blankenburg: Hainke, Buchholz, Bahnhofstr. 24.
Charlottenburg I: Gesenheimer Str. 1. Geöffnet von 9 bis 6 Uhr.
Charlottenburg II: Tauroggener Str. 11.
Charlottenburg III: Kaiserdamm 101. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Charlottenburg IV: Nürnberger Str. 22.
Ennersdorf: Schönherr, Landsberger Str. 10.
Eichwalde-Schmöckwitz: Käthner, Bahnhofstr. 89.
Erkner: Albert Kernicke, Friedrichstr. 21.
Fichtenau: Krebke, Waldstr. 28.
Falkenberg: Salamann, Falkenberg, Gartenstadtstr. 10.
Friedenau: Rheinstr. 27, Ecke Rönnebergstraße.
Fredersdorf-Petershagen: Uffenwalter, Petershagen.
Friedrichshagen: Hoffmann, Friedrichshagen, Kurze Straße 1.
Grünau: Frans Klein, Friedrichstr. 18.
Halensee, Grunewald: Halensee, Georg-Wilhelm-Str. 2.
Herzfelde: Martin Swolibowski.
Henningsdorf: Emmulat, Rathenaustr. 7.
Hohenneuendorf: Siegeris, Bismarckstraße.
Johannisthal: Alwin Gommlich Bismarckstr. 8.
Karlshorst: Frau Stanke, Hentigstr. 32, vorn parterre.
Kaulsdorf: Liebig, Finsterberger Str. 4.
Königs-Wusterhausen, Niederlehme: Friedr. Baumann, Königs-Wusterhausen, Berliner Str. 6.
Köpenick, Hirschgarten: Schlag, Kietzer Str. 6 (Laden). Geöffnet von 9—6 Uhr.
Lichtenberg I: Lichtenberg, Wartenbergstr. 1. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Lichtenberg II, Rummelsburg, Stralau: Lichtenberg, Wagnerer Str. 62. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Lichtenberg III, Friedrichsfelde: Frankfurter Allee 185, Laden.
Lichtenrade: Franz Wichura, Kaiser-Friedrich-Str. 9, Restaurant.
Lichterfelde-Ost, Lankwitz: H. Wenzel, Lankwitz, Kaiser-Wilhelm-Str. 5.
Lichterfelde-West: Schaedel, Hindenburgdamm 84.
Mahlsdorf: Emil Rausch, Lemkestr. 89.
Mariendorf: August Leip, Chausseestr. 29.
Marienfelde: Fritz Greulich, Kirchstr. 27; Südring 762.
Neuenhagen: Wenske, Kiegelstr. 71.
Neukölln: Neckarstr. 2. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Neukölln-Britz: Siegfriedstr. 28/29. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Niederschöneweide: Hartrampf, Brückenstr. 10 II.
Niederschönhausen, Nordend: G. Schliebener, Treskowstr. 14.
Nowawes: Karl Krohnberg, Eisenbahnstr. 10.
Oranienburg: Heinr. Leonhardt, Stralsunder Str. 6.
Oberschöneweide: Robert Paul Mathildenstr. 5.
Pankow: Rißmann Mühlenstr. 70.
Potsdam: M. Bierlich Schockstr. 23.
Rahnsdorf: Teichert Forststr. 7.
Reinickendorf-Ost, Schönholz: Albert Wahle, Provinzstraße 56 (Laden).
Reinickendorf-Rosenthal: W. Buro, Prinz-Heinrich-Str. 84.
Schmargendorf: Rehab, Breite Str. 4.
Schöneberg: Belziger Str. 27. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Senzig: Friedewald Chausseestr. 54.
Siemensstadt: Stein, Nonnendamm-Allee 92a.
Spandau: Bullack, Moritzstr. 14, Gartenh. 3 Tr.
Staaken: Frau Kuseran, Staaken, Scheibestr. 12.
Südende: Ludwig, Halskestr. 36.
Steglitz: Gebrike, Schildhornstr. 12.
Tegel, Borsigwalde, Reinickendorf-West, Waidmannslust, Freie Scholle, Hermsdorf, Birkenwerder, Bergfelde, Stolpe und Borgsdorf: Borsigwalde, Räuschstr. 10. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Teltow: Krüger, Schönow, Dorfstr. 9.
Tempelhof: Kaiser-Wilhelm-Str. 13.
Tempelhof: Kandler, Hohenzollernkorso 5.
Trebbin: Göring, Bahnhofstr. 62.
Treptow: Gramens, Kiefholzstr. 412, vorn 1 Tr.
Weißensee: Berliner Allee 54.
Wilhelm-Hohenlehme: Rud. Zettow.
Wilhelmshagen, Hessenwinkel: Schulze, Wilhelmshagen, Wilhelmstr. 31.
Wilmersdorf: Holsteinische Str. 10, Kaiserplatz 15.
Wittenau: Wilh. Zimmermann, Rosenthaler Str. 46.
Woltersdorf: Schurbaum, Eichendamm 22.
Zehlendorf, Schlachtensee, Nikolassee: Wegner, Zehlendorf, Teltower Str. 3.
Zeuthen, Miersdorf: Ernst Winterfeld, Zeuthen, Kurfürstenstr. 46.
Zossen: Albert Stein, Mittenwalder Str. 17.

Sämtliche Literatur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Sonntags sind die Geschäftsstellen geschlossen.